

# „Wenn es sein muss, schaffen wir es wieder!“

Martin Link,  
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.

*Zur Eröffnungsrede Ministerpräsident  
Torsten Albig bei der Flüchtlingskonferenz  
am 9. November 2016 in Lübeck*

*Gut anderthalb Jahre nach der ersten Flüchtlingskonferenz, in der sich die Landesregierung im Flüchtlingspakt zum Ziel „Integration vom ersten Tag“ bekannt hatte, zog Ministerpräsident Torsten Albig zur zweiten Flüchtlingskonferenz in Lübeck ein engagiertes Zwischenfazit. Martin Link fasst das Redemanuskript zusammen und kommentiert. Im Übrigen gilt das gesprochene Wort des Ministerpräsidenten.*

Seit Mai vergangenen Jahres, erklärt Ministerpräsident Albig, seien die Fluchtgründe gleich geblieben: Terror, Krieg und deren zerstörerische Folgen zwingen Menschen noch immer dazu, ihre Heimat zu verlassen und sich auf eine oft lebensgefährliche Flucht zu begeben: „Ob in Syrien, dem Irak. Ob in Afghanistan. Oder in vielen afrikanischen Ländern. Menschen fliehen – und damals wie heute gilt: Grenzen oder Zäune werden das nicht verhindern! Sie werden die Flucht-Routen höchstens verlagern.“

Es sei zwar „die Flüchtlingskrise von den Titelseiten verschwunden“, doch „in diesem Jahr sind allein im Mittelmeer 4.000 Männer, Frauen und Kinder ertrunken. Von uns meist unbemerkt.“

Die Verantwortlichen sind für den Ministerpräsidenten ausgemacht: „Europa, ja die internationale Staatengemeinschaft muss endlich Lösungen finden. Dieses Elend endlich beenden!“ Denn Fluchtursachen zu bekämpfen, das Sterben auf dem Mittelmeer beenden, diese Aufgaben könnten nur auf europäischer, auf internationaler Ebene gelöst werden. Nicht allein von einem Land wie Schleswig-Holstein.

Wenngleich aber auch das Land – wie schon in der Vergangenheit – mit eigenen Aufnahmeprogrammen initiativ werden könnte, denken sich einige im Saal aufmerksam Zuhörende.

Hierzulande lägen andere Aufgaben, erklärt indes Torsten Albig: „Wir können in dieser Tragödie am besten helfen, indem wir die Ankommenden bei uns aufnehmen. Indem wir Ihnen eine Unterkunft bieten. Ihnen helfen, unsere Sprache zu lernen. Sie in Arbeit bringen.“ Das sei kein kleiner Beitrag.

Von denen, die 2015 kamen, blieben 35.000 im Land. 2.400 wurden als unbegleitete Minderjährige in Obhut genommen. Weitere 8.800 Asylsuchende kamen im Zeitraum von Januar bis November 2016 hinzu. „Zeitweise haben wir 14.000 Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht“, freut sich Albig. Die Gesamtzahl der Initiativen und zig-tausender ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer\*innen sei nur zu schätzen.

Torsten Albig betont: „Keinem der hier schon immer wohnt, geht es schlechter, weil wir Flüchtlingen helfen. Für Sozialneid besteht kein Anlass. Kein deutsches Kind hat Nachteile in der Schule, weil jetzt Flüchtlingskinder da sind. Es gibt keinen Grund für Abstiegsängste oder Bildungsneid. Kein deutscher Arbeitnehmer muss um seinen Job fürchten, weil jetzt Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt kommen. Und auch das will ich sagen: Die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein ist durch die Flüchtlinge nicht schlechter geworden.“ Eher sei festzustellen, dass die Erfahrung der vergangenen zwei Jahre bedeute, „wenn es sein muss, schaffen wir es wieder“. Davon ist Albig überzeugt, denn „wir haben jetzt genügend know how“.

## **Sprachförderung**

Wenn die Menschen aufgenommen sind, trete das eigentliche Pakt-Ziel „Integration vom ersten Tag“ in den Vordergrund. Da bestünde aus Sicht des Ministerpräsidenten noch einiger Handlungsbedarf:

Zwar seien 261 neue DaZ-Zentren mit 427 Lehrer-Stellen ausgestattet worden und weitere gut 400 Lehrer\*innen würden die allgemeine Unterrichtsversor-

## „Keinem, der hier schon immer wohnt, geht es schlechter, weil wir Flüchtlingen helfen!“

gung verbessern. Aber Schleswig-Holstein setze sich dafür ein, Integrations-Kurse auch für Menschen mit unklarer Bleibeperspektive zu öffnen.

„Falls Sie dann doch nach einigen Wochen einen negativen Asylbescheid bekommen und nicht im Land bleiben, schaden ihnen erste Sprach-Kenntnisse bestimmt nicht!“, erklärt Albig, „bleiben sie jedoch, haben wir wertvolle Zeit für den Spracherwerb, dem Schlüssel für Integration, gewonnen. Das sollte es uns allemal wert sein!“

### Integration in Arbeit

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt allerdings sei ein langwieriger Prozess. Studien zeigten, dass fünf Jahre nach dem Zuzug gerade einmal jeder zweite Flüchtling eine Arbeit aufgenommen hat. In Schleswig-Holstein solle Integration in den Arbeitsmarkt beschleunigt werden. Mit der Agentur für Arbeit und mit Unterstützung der Wirtschaft sei das Programm „Begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung“ aufgelegt worden.

Diejenigen Konferenzteilnehmer\*innen im Saal, die sich bei ihren eigenen auf die Integration von Flüchtlingen ausgelegten Projekten i. d. R. mit weit geringeren Budgets begnügen müssen, staunten nicht schlecht zu hören, dass allein für dieses eine Landesförderprogramm im laufenden Jahr 3,2 Mio. Euro bereitgestellt worden seien.

„Zielgruppen sind Menschen mit guter Bleibeperspektive, Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge sowie Geduldete mit Arbeitsmarktzugang“, erklärt Albig. Rund 900 Menschen hätte dieses Programm bisher aufgenommen. Nach einem Einführungs-Kurs könnten sie

dann eine Ausbildung, eine Einstiegs-Qualifizierung oder eine vollwertige Arbeit aufnehmen.

Als weitere wichtige Akteure bei der Förderung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen benannte Torsten Albig den Unternehmensverband Nord mit seinem Betriebsberatungsnetzwerk, die kaum aufzählbaren Angebote des Bundes, die zunehmende Zahl von Betrieben, die Flüchtlinge einstellen wollen, und selbst das IQ Netzwerk Schleswig-Holstein, aber nicht das Netzwerk „Mehr Land in Sicht!“, das sich im Bundesland schon seit 15 Jahren erfolgreich für die nachhaltige Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen engagiert.

Nicht zuletzt seien aber die Zielgruppen selbst auch gefordert, diese Angebote anzunehmen: „Ohne Lern-Bereitschaft. Ohne die nötige Disziplin sind die Programme nutzlos“, befürchtet Albig. Auch sehr entscheidend sei es, weibliche Flüchtlinge zu erreichen. Albig vermutet, dass es in vielen Kulturkreisen unüblich sei, dass Frauen einer Erwerbsarbeit nachgingen. Geflüchtete Frauen für eine Arbeit oder eine Ausbildung zu gewinnen, sei eine zentrale Herausforderung!

### Wohnen

Unterstützt mit Zuschuss-Programmen des Landes seien seit 2015 mit 6,5 Mio. Euro rund 3.700 Wohnungen in dezentralen Unterkünften hergerichtet worden. Außerdem stünden mit dem Wohnraumförderungsprogramm und dem Sonderprogramm „Erleichtertes Bauen“ zwischen 2015 und 2018 etwa 730 Mio. Euro an Darlehen bereit. Seit 2015 seien mehr als 1.500 Wohnungen gefördert und dafür über 180 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden.

„Für geflüchtete Menschen. Natürlich genauso für Geringverdiener, für Studenten, für Familien und Rentner“, betont Albig, denn „beim Wohnungsbau gilt, ebenso natürlich wie auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Bildung: Wir würden der Integration einen Bärendienst erweisen, wenn wir in diesen Bereichen Einheitliche und Flüchtlingen gegeneinander stellen würden.“

### Finanzierung von Integration

Im aktuellen Haushalt seien 800 Mio. Euro für die Landesprogramme zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten eingeplant. Integration finde jedoch überwiegend in den Städten und Gemeinden statt, so Albig. Dafür erhielten die Gemeinden im kommenden Jahr 37,5 Mio. Euro. Der Betrag setze sich aus einem Integrationsfestbetrag von 17 Mio. Euro und der Pauschale in Höhe von 1.250 Euro, 2018 von 750 Euro pro Flüchtling zusammen.

Schließlich erklärt Torsten Albig: „Wie genau Integration in Zukunft ausgestaltet sein soll, wird im Detail noch zu erarbeiten sein – etwa heute auf dieser Konferenz.“ Und wohl mit Blick auf das kurz vor der Konferenz herausgekommene Grünbuch 1.0 sagt er: „Konstruktive Kritik, etwa jüngst vom Flüchtlingsrat und anderen, hilft uns, besser zu werden.“

### Abschiebung

„Ja, das Abschieben von Menschen hat für mich nie zu den Prioritäten unserer Flüchtlingspolitik gehört“, stellt Albig klar. „Für mich galt und gilt: Wenn man helfen kann, dann soll man es tun.“ Das Land habe „allerdings mit dem Bund Kompromisse ausgehandelt. Und in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, gehört es dazu, die dabei ausgehandelten Vereinbarungen einzuhalten“, schränkt er ein. „Dazu stehe ich. Auch wenn es schmerzhaft ist.“

Schmerzhaft vor allem für betroffene Flüchtlinge und ihre Unterstützer\*innen ist, dass das Land ohne Not und rechtliche Verpflichtung Anfang 2017 auf dem Kasernengelände der EAE Boostedt eine Landesunterkunft für Ausreisepflichtige in Betrieb nehmen und dort regelmäßig ausreisepflichtige Geflüchtete wohnverpflichten will. Warum diese Politik alternativ-

los sei, erfahren die Teilnehmer\*innen der Konferenz nicht.

Integration könne nur gemeinsam gelingen, ist der Ministerpräsident überzeugt. „Dafür brauchen wir alle beteiligten Akteure. Und einen verlässlichen Umgang miteinander“, mahnt er, während draußen vor der Tür des Kongresszentrums gut 200 afghanische Flüchtlinge und ihre Unterstützer\*innen gegen Abschiebungen in ihr von andauernder Gewalt, Korruption und Überlebensnot zerrüttetes Herkunftsland protestieren.

Flucht sei ein weltweites Phänomen, das absehbar nicht verschwinden werde, ist sich der Ministerpräsident sicher. Weltweit seien laut UNHCR etwa 65 Mio. Menschen auf der Flucht. „Sie fliehen vor Krieg, Klimakatastrophen, Hunger und Wassernot, sind auf der Suche nach

einer Zukunft für sich und ihre Familien“, erklärt Albig und kann sich der Unterstützung des Flüchtlingsrates sicher sein, wenn er fortführt: „Dem können wir nur gemeinsam begegnen. Wir müssen uns dauerhaft darauf einstellen, geflüchtete Menschen aufzunehmen.“

### **Integrationsgesetz**

Albig gibt sich überzeugt davon, dass diese Menschen mehr legale Zuwanderungsmöglichkeiten brauchen. Hier könnte ein echtes Einwanderungsgesetz helfen. Allerdings meint Albig, dies solle „gut qualifizierten Menschen einen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bieten“.

Die bei der Konferenz teilnehmenden Akteure der solidarischen Flüchtlings-

hilfe fragen sich allerdings, wie diese Einführung des Einwanderungsgesetzes nur auf die klugen Köpfe für solche aus der Not nur mit ihrer Arbeitswelt- und Überlebenserfahrung Entfliehenden zu einer Alternative zum Asylzuzug geraten soll.

Schleswig-Holstein habe gerade zusammen mit anderen Ländern im Bundesrat einen Entschließungsantrag für ein Einwanderungsgesetz gestellt, verkündet Albig. Und die SPD-Bundestagsfraktion habe ebenfalls einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Das seien für Torsten Albig die richtigen Impulse: „Wir brauchen beides – humanitäres Flüchtlingsrecht und ein faires Einwanderungsrecht.“

### **Interkulturelle Zweibahnstraße**

Auf dem weiteren Weg müsste die Integration von Menschen als „Normalität“ begriffen werden, nicht als Ausnahme, befindet Albig. Und: „Wir müssen den Menschen, die zu uns kommen, auch deutlich machen: Gute Integration setzt eine Bereitschaft auf beiden Seiten voraus! Als aufnehmende Gesellschaft machen wir ein Angebot. Die Asylsuchenden müssen diese Angebote dann aber auch annehmen.“

Zu überlegen sei, wie „unsere Vorstellungen von Freiheit und Demokratie, von Toleranz, Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau den Menschen aus anderen Kulturkreisen“ nahe gebracht werden könnten, glaubt Albig.

Mit der Frage ob überhaupt alle Autochthonen dieselben – und ob Menschen aus anderen Kulturkreisen regelmäßig davon abweichende – Vorstellungen von Freiheit und Demokratie, von Toleranz, Meinungsfreiheit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau haben, bleiben die Konferenzteilnehmer\*innen am Ende der Eröffnungsrede zur Flüchtlingskonferenz ein wenig ratlos zurück.

Das vollständige Redemanuskript im Internet: <http://bit.ly/2gKlxfM>

Frankfurt/Main,  
14. Oktober 2016

## **PRO ASYL: BMI will Bleiberechts- regelung schleifen!**

*Das Bundesinnenministerium will die Bleiberechtsregelung für Geduldete aushebeln. PRO ASYL appelliert an SPD und die für rationale Argumente Zugänglichen: Dieser Gesetzentwurf muss gestoppt werden.*

Bundesinnenminister de Maizière bringt aktuell eine erneute Verschärfung des Aufenthaltsrechts auf den Weg. PRO ASYL liegt der Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums (BMI) [<http://bit.ly/2fuCvM3>] vor, der sich zur Zeit in der Ressortabstimmung befindet. Er verfolgt unter anderem das Ziel, die jahrelang diskutierte gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete leerlaufen zu lassen. „Das ist ein Rollback im Umgang mit Geduldeten in Deutschland. Einigen in der Union passte die gesetzliche Bleiberechtsregelung nie. Das ist nun der Versuch, sie zu sabotieren. Die gesetzliche Bleiberechtsregelung für Geduldete bleibt auf dem Papier bestehen, sie soll aber in der Pra-

xis nicht mehr wirksam sein“, kommentiert PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt. PRO ASYL appelliert an die Regierungskoalition: „Die Bleiberechtsregelung wurde aus guten Gründen auf Basis des Koalitionsvertrages vom Deutschen Bundestag beschlossen. Dieser Versuch des BMI zur stillen Rückabwicklung muss gestoppt werden.“

Der Gesetzentwurf des BMI ist inhuman und mit dem rechtsstaatlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht in Einklang zu bringen. Ohne Anknüpfung sollen auch Menschen, die sich zum Teil bereits jahrelang in Deutschland aufhalten, abgeschoben werden können (Folge der Streichung von § 60 Abs. 5 Satz 5 AufenthG).

Mehr Informationen: <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/pro-asyl-veroeffentlichung-gesetzentwurf-des-bmi/>